



## **Stadtratsfraktion Pirmasens**

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845  
Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)  
Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

## **Haushaltsrede 2018**

### **Stadtratsfraktion DIE LINKE**

#### **Frank Eschrich, Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosigkeit sinkt, den Deutschen geht es gut. Diese frohen Botschaften der Bundesregierung haben Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gut verinnerlicht und sinngemäß bei Ihrer Haushaltseinbringung wiederholt: Mehr Einnahmen aus Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer, 2700 Arbeitsplätze auf der Husterhöhe, Investitionsschulden abgebaut, Schulen, Straßen und Stadtquartiere werden saniert.

„Pirmasens, die Wohlfühllose Südwestdeutschlands“, hätte auch die Überschrift Ihrer Neujahrsrede lauten können.

An vermeintlich guten Nachrichten mangelt es nicht, weder in den Regierungskreisen Berlins, noch in der Stadtverwaltung Pirmasens. Es ist das Pfeifen im Walde. Alle Heilsbotschaften haben eines gemeinsam: Sie blenden die andere Seite der Realität aus. Ob man es wahrhaben will oder nicht, die Logik unserer Welt funktioniert nun mal so: Ohne Verlierer keine Gewinner, ohne Armut kein Reichtum.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich werfe Ihnen nicht in erster Linie vor, dass die Stadt Pirmasens seit vielen Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt und die Gesamtverschuldung die 400 Millionen Marke erreicht hat. Dafür gibt es Gründe, auf die ich später noch zu sprechen komme. Ich werfe Ihnen vor, dass ein Viertel der Stadtbevölkerung, nämlich die Langzeitarbeitslosen und ihre Kinder, weitere Sozialleistungsbezieher, arme Rentnerinnen und Rentner und andere Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Gesamtheit seit Jahrzehnten in dieser Stadt in Hoffnungs- und Ausweglosigkeit verharren, nur in einem einzigen Wort Ihrer Einbringungsrede indirekt Erwähnung finden: Soziallast!

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Nachhaltigste an der Stadt Pirmasens ist ihre soziale Spaltung, sie ist seit vielen Jahren Fakt. Eine anzahlmäßig eher kleinere Gruppe Gutsituierter dominiert das öffentliche Geschehen und die Masse der Abgehängten, die ausgeblendet sind – so als existierten sie nicht. Es gibt kaum eine Stadt, wo dies so einfach und eindeutig nachzuvollziehen ist, wie hier. Darüber will man aber lieber nicht reden. Und kommen die Abgehängten dann doch mal in der Zeitung oder im Fernsehen vor, will man sowas auch nicht lesen oder sehen. Das stört das Wohlgefühl der alteingesessenen Lokalpatrioten und könnte den vielen neuen Eigenheimbesitzern vielleicht zu sehr auf den Magen schlagen. Das Lieblingskind der Verwaltung und des Stadtrats ist stattdessen die Stadtentwicklung, ganz besonders ans Herz gewachsen sind der Einzelhandel und die Innenstadt. Darüber wird gerne und viel geredet, werden Konzepte beauftragt, Pläne geschmiedet, Wettbewerbe ausgeschrieben.

Das Ergebnis? Stadtgalerie gescheitert, Einzelhandel rückläufig, keine Bahnhofstraßenkolonaden, Kaufhalle und Fußgängerzone leer. In der Innenstadt sind Hunderte Wohnungen teilweise seit Jahren verwaist. Daran hat man sich auch schon gewöhnt, es ist kaum eine Notiz wert. In den heruntergekommenen Behausungen, oft in Besitz privater Hände, die hier keine Türklinke anfassen würden, kann und will niemand leben. Fast niemand. Neuerdings ziehen dort wieder Menschen ein. Menschen, die vor Krieg, Terror und Gewalt aus ihren Heimatländern geflohen sind, und für die nach der Erfahrung Fassbombe ein „Dach über dem Kopf“ deshalb eine ganz andere Bedeutung hat. Für vier eigene Wände nehmen diese Menschen sogar in Kauf, dass diese Wände oftmals verschimmelt sind oder ab und an mal die Haustür aus dem Rahmen fällt.

Diese Menschen hat man nun als Gefahr für den sozialen Frieden der Stadt Pirmasens ausgemacht. Man will mit einer Wohnsitzauflage den Zuzug stoppen. Kriterien für die gewünschte Festlegung einer kommunalen Flüchtlingsobergrenze sind fehlende Kitaplätze, überlastete Lehrkräfte oder fehlende Kapazitäten in Arbeitsmarktprogrammen. Gab es das nicht schon immer? Oder anders gefragt: War der Personalschlüssel der Kitas nicht schon längst viel zu niedrig angesetzt, fehlten nicht schon länger Lehrkräfte an den Grundschulen oder wurde nicht schon längst ein systematischer Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsförderung durchgeführt? Ging die damit einhergehende Überforderung gepaart mit schlechter Bezahlung oder Unterrichtsausfall nicht schon immer zu Lasten der Beschäftigten in diesen Institutionen und den darin Betreuten?

Wenn es die soziale Sicherungsstruktur einer kreisfreien Stadt mit 40.000 Einwohnern nicht schafft, 1.300 mehr Menschen in das Netz ihrer sozialen Sicherungssysteme aufzunehmen, dann war dieses Netz schon vor dem Zuzug der anerkannten Flüchtlinge am Ende und der soziale Frieden in dieser Stadt ein trügerischer.

Hätten Stadtrat und Landtag über eine Zuzugssperre diskutiert, wenn statt Flüchtlingen 200 deutsche Familien mit ihren Kindern zugezogen wären?

Der soziale Sprengstoff in dieser Stadt ist enorm. Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die nach einer Wohnsitzauflage gerufen haben, sollten sich darüber im Klaren sein, dass dies Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Rechtsextremen war und Sie damit möglicherweise genau den Funken entfachten, der die Ladung hochgehen lässt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Schuldenstand der Stadt Pirmasens hat Ende 2017 die 400 Millionen Euro Grenze nahezu erreicht. Die Jahresfehlbeträge haben sich seit 2014 auch weiter entwickelt: Von durchschnittlich 20 Millionen auf 24 Millionen Euro pro Jahr. Trotz des sogenannten Konsolidierungsbeitrags von jährlich 10 Millionen Euro aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds steigt die Neuverschuldung weiter an. Die Prognose geht für 2021 bereits von 480 Millionen Euro Schulden aus. Bleibt die verfassungsgemäße Refinanzierung der steigenden Sozialausgaben weiterhin aus, steigen die Kreditzinsen stärker als erhofft oder kommen wie üblich Nachtragshaushalte mit steigenden Ausgaben dazu, könnten in drei Jahren auch eine halbe Milliarde Euro oder mehr Schulden in den Büchern stehen.

Konsolidiert wird hier also gar nichts. Steigen Schulden trotz Tilgung immer weiter an und stehen den Schulden keine Werte gegenüber, wie bei Liquiditätskrediten, ist man überschuldet. Auf welchem Niveau in absoluten Zahlen die Überschuldung eintritt, mit oder ohne Zwei Drittel der Ende 2009 bestandenen Liquiditätskredite, ist vollkommen wurscht und bestenfalls Kosmetik: Pleite ist Pleite.

Und das ist die Stadt Pirmasens, mit oder ohne Entschuldungsfonds. Mehr bräuchte man aus buchhalterischer Sicht zum vorliegenden Haushalt eigentlich nicht zu sagen. Auch der separate Blick auf den Inventionshaushalt verschleiert mehr, als er erhellt. Wenn man alle getätigten Investitionen seit 2006 zu einer Summe addiert, erhält man natürlich eine beeindruckende Zahl von 268 Millionen Euro. Jetzt einmal davon abgesehen, dass trotz Schuldenabbau in diesem Bereich immer noch erhebliche Teile kreditfinanziert sind und noch größere Teile aus Zuschüssen des Landes bestehen, liegt der Jahresfehlbetrag des Ergebnishaushalts immer noch weit über den getätigten Investitionen. Das heißt insgesamt macht die Stadt Pirmasens immer noch mehr Schulden, als sie investiert und damit Werte erzeugt. Auch dies sollte abseits der Schönfärberei zur Kenntnis genommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

14 Millionen Euro für Schulen und Kindergärten in zwei Jahren klingt für eine Mittelstadt wie Pirmasens mit enormem Schuldenstand zunächst einmal gut. Von der Summe aus betrachtet. Bei näherer Betrachtung, wofür das viele Geld ausgegeben wird, relativiert sich diese Sicht. Für den Standort Alleestraße werden in den kommenden Jahren 13,5 Millionen Euro verbaut. Stünde dort am Ende ein großer, schicker Neubau, der auf absehbare Zeit keine Kosten verursacht, technisch und energetisch auf dem neusten Stand ist, allen Anforderungen moderner Pädagogik genügt und den Bedürfnissen von Schülern und Lehrern vollumfänglich gerecht würde, sozusagen der Mercedes unter den Pirmasenser Schulen, wäre dies immer noch ganz schön teuer. Aber man könnte sagen: Das sind uns unsere Kinder wert. Aber so? Mit riesigem finanziellen und technischem Aufwand werden ein uraltes und ein altes Gebäude generalsaniert, aus- und umgebaut, um letztendlich doch nur alte Bausubstanz zu bleiben, die weiter Kosten produziert. Dass die heute geschätzten Baukosten um 300 Prozent über den ursprünglichen Sanierungskosten liegen, wurde ja schon oft genug erwähnt. Gerade die frühere Realschule bleibt vom Aufbau her eine Kasernenschule, an langen Fluren reihen sich gleichförmige Klassenzimmer, wie es im 19. und 20. Jahrhundert eben üblich war. Das Klassenzimmer von gestern darf nicht Maßstab für das Lernen von morgen sein, sagte 2009 ein bekannter Architekt. Aber genau dafür gibt man in Pirmasens heute noch eine Unmenge Geld aus.

Von Schulpolitik im Sinne von vorausschauender Schulentwicklungsplanung kann man in Pirmasens nicht sprechen. Immerhin: In den vorliegenden Haushaltsentwurf wurden 30.000 Euro für einen Schulentwicklungsplan eingestellt. Das reicht unter Umständen dafür aus, die

in Pirmasens übliche Fortschreibungspraxis weiter zu führen, um die man rechtlich nicht herumkommt. Das bedeutet Schulentwicklungsplanung auf dem untersten Niveau, Hauptsache billig. Andere Kommunen nehmen für ihre Schulentwicklungsplanung ein Vielfaches in die Hand, beauftragen Fachleute und planen auf Basis umfangreicher Datenerhebungen. Das ist aber für 30.000 Euro nicht zu haben. Und so sieht die Schulentwicklung in Pirmasens auch aus: Ohne zukunftsorientiertes Leitbild für den Schulstandort in seiner Gesamtheit, ohne Abstimmung in einem regionalen Schulentwicklungsplan und ohne schulpolitische Wegweiser kämpft jede Schule für sich selbst und das eigene Überleben. Und dies meistens auf Kosten der anderen Schulen. Am Ende stehen ein schulisches Einerlei und Allerlei, immer ähnlichere Angebote führen zu einem zerstörerischen Konkurrenzkampf der Schulen untereinander und die vielbeschworene Vielfalt der Bildungsangebote bleibt auf der Strecke. Nur in einem herrscht Einigkeit: Eine integrierte Gesamtschule ist nicht gewollt und die Beteiligten sind deshalb höchst zufrieden mit der unausgesprochenen Arbeitsteilung zwischen der Stadt als Hüterin des Gymnasiums und dem Landkreis mit seinen etablierten Gesamtschulen. Das ist Anti-Schulpolitik, denn sie hat alles Mögliche außer Bildung im Blick. Schülerinnen und Schüler brauchen stattdessen ein wohnortnahes und an ihren Vorstellungen und pädagogischen Bedürfnissen ausgerichtetes inklusives Schulangebot, und zwar in Stadt und Landkreis. Gekümmert werden muss sich nicht um tradierte Schulformen in traditionellen Schulgebäuden, sondern um die, die darin unterrichtet werden sollen. Über- und Unterangebote in Stadt und Landkreis sollten ausgeglichen und nicht weiter zementiert werden. Es ist absurd und nicht zuletzt kostet es eine Menge Geld, wenn jeden Tag Schülerkarawanen vom Landkreis in die Stadt und umgekehrt hin- und her pendeln müssen. Noch viel einfacher wäre es freilich, wenn es endlich eine Schule für alle gäbe. Mit einem Schlag wären Konkurrenzkampf, soziale Auslese und die Qual der Wahl des richtigen und erreichbaren Schulstandorts für Schüler und Eltern erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

werfen wir noch einen Blick auf Stadtentwicklung und Einzelhandel. Ein Vielfaches der veranschlagten Kosten für die Schulentwicklungsplanung hat das neue Einzelhandelskonzept gekostet. Das alleine ist schon eine Aussage für sich. Nach 5 Jahren Stillstand und der Nullnummer Stadtgalerie sollte mit neuem Gutachter und neuem Einzelhandelskonzept eine Aufbruchsstimmung in der Stadtentwicklung und im Einzelhandel ausgelöst werden. Mit seiner frisch-fröhlichen Art hat Gutachter Epple viel Wind und Aufmerksamkeit produziert, herausgekommen ist ein Gutachten von der Stange, keine zündenden Ideen, nichts wirklich Innovatives. Aufgewärmt wurde stattdessen Altbekanntes vom Schuh-Outlet bis zum BID. Apropos BID: In der Bahnhofstraße hat Entwickler Lang für sein angekündigtes Bahnhofstraßenkolonaden-Projekt nicht mal zwei Hände voll Hausbesitzer unter einen Hut gebracht. Das Projekt Bahnhofstraße ist gescheitert und in der Versenkung verschwunden auf dem Friedhof der Beamer-Präsentationen. Dort sind auch die Präsentationen des beauftragten Fachbüros gelandet, das für die Entwicklung der Kaufhalle einen europaweiten Architektenwettbewerb konzipiert hatte. Die Zahl der Wettbewerbsteilnehmer wurde auf 10 begrenzt. Teilgenommen haben Null. Sind wir gespannt, welche regionalen Entwickler der Oberbürgermeister noch in der Hinterhand hat. Hoffentlich nicht die üblichen. Zwischen Projekt Stadtgalerie und heute sind 7 Jahren vergangen, geplant, präsentiert, gehofft und angepriesen wurde viel, passiert ist außer rückläufigen Umsatzzahlen und Zunahme von Leerständen nichts. Stattdessen wurde viel Geld für Gutachten und Planungsbüros in den Sand gesetzt. Immerhin wurde im neuen Einzelhandelsgutachten auf den Punkt gebracht, woran die Entwicklung krankt: 75 Prozent der vorhandenen Einzelhandelsflächen in der Innenstadt sind kleiner als 100 Quadratmeter

und nicht zu vermarkten. Gerade eine Stadt wie Pirmasens mit schlechten wirtschaftlichen Grunddaten kann sich den Luxus nicht leisten, gegenüber Investoren und Firmen eine restriktive Ansiedlungspolitik zu betreiben. Statt Schutzgebiete für Einzelhändler braucht Pirmasens innovative Maßnahmen zur Stärkung des Handelsbestands und eine multifunktionale Innenstadt mit Dienstleistungsangeboten, stadtverträglichem Handwerk und attraktivem Wohnraum. Nicht der Einzelhandel bringt Frequenz, sondern der Einzelhandel braucht Frequenzbringer, wie Gastronomie, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die zu einer echten Belebung der Innenstadt führen. Das alles ist nicht in Sicht und deshalb geht es weiter bergab mit der Innenstadt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

nicht alles läuft schief in der Stadtentwicklung. Positiv hervorzuheben sind die Jugendherberge und das Straßenausbauprogramm, das sich im Vergleich mit anderen Städten sehen lassen kann. Der Strecktalpark könnte noch attraktiver werden, wenn es gelänge, eine Gastronomie mit ordentlicher Toilettenanlage dort anzusiedeln. Gleiches gilt für das Freizeitgelände am Eisweiher, daraus könnte man wesentlich mehr machen. Das Dynamikum stößt an die natürliche Grenze seiner Konzeption: Es war klar, dass der Andrang von Schulklassen im Laufe der Zeit deutlich nachlassen wird, je öfter sie bereits durchgeschleust wurden. Dennoch ist man bemüht, durch innovative Exponate und Angebote der Entwicklung entgegenzusteuern. Wohin diese Entwicklung führt, bleibt abzuwarten. Dass die Alte Post auf Dauer ein Zuschussbetrieb sein würde, liegt in der Natur der Dinge und ist deshalb auch nicht zu kritisieren. Kultur kostet Geld und wem es dafür zu schade ist, hat sich bereits aufgegeben. Dennoch offenbaren die minimalen Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Katalogverkäufen ein ausgeprägtes Desinteresse. Der Weg kann nicht sein, das Kulturprogramm am Massengeschmack auszurichten. Dafür gibt es die Kommerziellen. Aber vielleicht gelingt es ja wenigstens, eine Kuratorin oder einen Kurator zu finden, die/der sich auf Dauer für dieses Kulturprojekt engagiert.

Über den städtischen Gesellschaften Bauhilfe und Stadtwerke liegen dunkle Wolken. Die Lage der Bauhilfe ist dramatisch, die Rücklagen sind aufgebraucht. Wenn es in heißen Wüstenländern einen Markt für kühle Wohnungen am Rande des Pfälzer Waldes gibt, warum vermarktet die Bauhilfe ihren Wohnungsbestand nicht selbst? Die dafür notwendigen Investitionen sind im Gegensatz zum Verkauf des Tafelsilbers gut angelegtes Geld, das sich langfristig amortisieren würde. Mehr Investitionen und eigene Projekte bedeuten Zukunft, sparen und verkaufen hingegen das Ende der Bauhilfe.

Das Kerngeschäft der Stadtwerke ist weiter rückläufig, insbesondere der Stromabsatz. Immer mehr Kunden erliegen den Verlockungen der privaten Stromanbieter. Wenn nun auch noch industrielle Großabnehmer den Anbieter wechseln und ihrer Stadt den Rücken kehren, wird es eng für die Pirmasenser Stadtwerke. Wir alle wissen, dass ohne die Gewinne aus dem Strom- und Gasgeschäft sich die Stadtentwicklungsgesellschaft erledigt hat und weder der ÖPNV, noch Projekte wie die Jugendherberge finanzierbar sind. Der Goldesel Stadtwerke ist schon geschröpft genug. Ihn weiter zur Ader zu lassen, um aus den Gewinnen der SEP den gescheiterten Kommunalen Entschuldungsfonds zu bedienen, wird auch in der Zukunft auf unseren Widerstand stoßen. Der Zweck der Stadtentwicklungsgesellschaft ist in ihrer Satzung niedergelegt. Der Schuldendienst gehört nicht dazu.

Mit dem WSP setzt die Stadtverwaltung auch weiterhin darauf, dass durch Effizienzsteigerungen freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt werden müssen, um Personalkosten zu sparen. Genau das wollen wir nicht. Die Stadtverwaltung hat als einer der

letzten größeren Arbeitgeber der Stadt eben nicht die Verpflichtung, mit Arbeitsverdichtung noch mehr Leistung aus den Beschäftigten herauszuquetschen, sondern eine soziale Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und die Pflicht, die öffentliche Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren kämpfen wir dafür, dass Sozialleistungsbeziehern das gesetzlich garantierte Existenzminimum für den allgemeinen Lebensunterhalt zur Verfügung steht, denn dafür und nichts anderes ist die Regelleistung gedacht. Stattdessen muss Geld für den alltäglichen Lebensunterhalt in nicht unerheblichem Umfang für die Kosten der Unterkunft aufgebracht werden. Pro Jahr sind dies durchschnittlich eine Million Euro, die sich die Betroffenen im wahrsten Sinne des Wortes vom Mund absparen müssen. Die Quote der nicht gedeckten Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft ist in Pirmasens doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Dazu gab es unsererseits seit 2009 eine ganze Reihe von Anträgen an den Stadtrat. Erst als sich die SPD im vergangenen Jahr der gleichen Problematik angenommen hatte, schien ein Durchbruch zum Greifen nahe: Die berühmterbüchtigten 3,58 Euro pro Quadratmeter, die noch aus der Zeit der Umrechnung von D-Mark auf den Euro stammen, sollten überprüft und endlich angehoben werden, war sich der Stadtrat mehrheitlich einig. Auf die Absichtsbekundungen folgte erst mal nichts. Rechtzeitig vor den diesjährigen Haushaltsberatungen stellten wir daraufhin den Antrag, dass im kommenden Doppelhaushalt Mittel für eine eventuelle Erhöhung des Mietzuschusses eingeplant werden. Der Antrag wurde in die Haushaltsberatungen verschoben, aufgerufen wurde er nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch deutlicher kann man es den Betroffenen nicht sagen: Die ungedeckten Kosten der Unterkunft sind der Mehrheit des Stadtrats trotz anderslautender Bekundungen auch weiterhin egal. Die entsprechenden Haushaltsansätze für die kommenden beiden Jahre wurden nicht erhöht. Im August 2017 konnten die Menschen noch in der Zeitung lesen, die Anhebung des Mietzuschusses werde von der Ratsmehrheit als besonders dringlich erachtet, jetzt wird gehandelt, hätte man meinen können. Die von uns damals geforderte Erhöhung auf 4,20 pro Quadratmeter sei dabei nur die absolute Untergrenze, stand in der Pirmasenser Zeitung vom August 2017. Jetzt gibt es in Pirmasens endlich mehr Geld für Bedürftige, hätte man meinen können. Ach so, das war ja vor der Bundestagswahl....

Wir werden in dieser Angelegenheit nicht locker lassen. Der Umgang mit Armut und Not in Pirmasens ist beschämend. Die Kinderarmut in Pirmasens ist nochmals deutlich angewachsen, mehr als ein Drittel der unter 15-jährigen Kinder lebt in Armutsverhältnissen. Für viele Kinder heißt das Essen von der Tafel, die abgelegten Kleider anderer, kein Geld für Freizeitgestaltung, Spiele, Sport und Spaß. 80 Prozent der Arbeitslosen stecken in Hartz IV, d.h. ein Leben am untersten Rand des Existenzminimums, Schulden, heruntergekommene Wohnungen, Stromsperren und Ausschluss von der gesellschaftlichen Teilhabe. Für diese Menschen gibt es keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Sie gehen nahtlos von Hartz IV in die Rentenarmut. Auch der Dritte Arbeitsmarkt lässt weiter auf sich warten, die Bundestagswahlen sind ja gelaufen. DIE LINKE fordert dies bundesweit übrigens seit Jahrzehnten und hat den Dritten Arbeitsmarkt auf Länderebene, gegen den erbitterten Widerstand der CDU, auch schon erfolgreich umgesetzt. Warten wir also weiter, bis auf Sonntagsreden endlich konkrete Maßnahmen folgen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

80 Prozent der Pirmasenser Schulden bestehen aus Sozialausgaben, die per Gesetz auf die Kommunen übertragen wurden und im Sinne der verfassungsgemäßen Konnexität deshalb vom Gesetzgeber zu finanzieren sind. Verantwortlich für die Pirmasenser Schulden sind weder Flüchtlinge, noch Kinder, sondern eine seit Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit, deren Kosten nicht die Verursacher tragen, sondern die Allgemeinheit. Dem Konnexitätsprinzip kommen Bund und Land nicht nach und der vor 5 Jahren festgestellte Verfassungsbruch in Rheinland-Pfalz wird fortgesetzt. Deshalb müssen die Sozialhaushalte der Kommunen sofort und vollständig entschuldet werden. Dies kann nur in Form eines Schuldenschnitts erfolgen, der notfalls per Verfassungsklage durchzusetzen ist. Dafür schließt allerdings das Zeitfenster endgültig im Jahr 2020, nämlich dann, wenn die sogenannte Schuldenbremse in den Ländern greift. Man braucht nicht besonders viel Phantasie um sich vorzustellen, dass die Leidtragenden der Schuldenbremse die Städte und Landkreise sein werden. Es gilt das Prinzip, die Letzten beißen die Hunde.

Vor dieser Situation stehen wir, die Zeit drängt. Für die Durchsetzung der Konnexität haben Sie unsere volle Unterstützung. Für diesen Haushalt nicht.

**Die Stadtratsfraktion DIE LINKE lehnt den Doppelhaushalt 2018/19 und die dazugehörige Haushaltssatzung ab.**

Pirmasens, den 26. Februar 2018

Brigitte Freihold

Frank Eschrich

**Stadtratsfraktion DIE LINKE**